

**BERLIN - INTERN
DER INFOBRIEF**



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Inhaltsverzeichnis:

Nr. 42 / 2017 (20. Oktober 2017)

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Die wirtschaftliche Lage im Oktober 2017
3. Grenzkontrollen bis Mai 2018 verlängert
4. Ökostromumlage-Umlage sinkt leicht
5. 579 000 Handwerksunternehmen im Jahr 2015
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

am vergangenen Dienstag haben wir in unserer Fraktionssitzung einstimmig Dr. Wolfgang Schäuble für das Amt des Bundestagspräsidenten als Nachfolger von Norbert Lammert nominiert. Bundestagsvizepräsident für die Union soll Dr. Hans-Peter Friedrich von der CSU werden. Die Wahlen finden am kommenden Dienstag im Rahmen der konstituierenden Sitzung des 19. Deutschen Bundestages statt.

Bereits am Montag haben die insgesamt 50 ostdeutschen Abgeordneten in der CDU/CSU-Fraktion wieder eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet und erneut Arnold Vaatz aus Dresden zum Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten gewählt. Mit unseren 50 Abgeordneten haben wir in der

Gesamtfraktion an Gewicht gewonnen und zahlenmäßig die CSU mit ihren 46 Abgeordneten überholt.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Die wirtschaftliche Lage im Oktober 2017

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem stetigen und nun auch breit angelegten Aufschwung. Die konjunkturelle Dynamik hat sich im ersten Halbjahr spürbar belebt. Wesentliche Impulse hierfür kamen von der globalen Nachfrage nach Industriegütern, die seit Ende vergangenen Jahres anzog. Damit belebten sich auch die heimischen Investitionen in Ausrüstungen. Die Indikatoren deuten auf eine rege Fortsetzung des Aufschwungs in der zweiten Jahreshälfte hin, wenn auch nicht ganz mit der Dynamik des ersten Halbjahrs. Die Bundesregierung erwartet damit gemäß ihrer Herbstprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 von preisbereinigt 2,0 Prozent, dies wäre das stärkste Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren.[1] Der Aufschwung steht auf einem soliden binnenwirtschaftlichen Fundament. Die Beschäftigung nimmt weiter deutlich zu. Die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen liefern die größten Wachstumsbeiträge in Höhe von 1,0 beziehungsweise 0,7 Prozentpunkten. Die Kapazitäten sind etwas über normal ausgelastet. Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus erhöht sich auf eine Jahresrate von 1,8 Prozent. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Die Weltwirtschaft gewinnt auf das Jahr gesehen weiter an Fahrt. Trotz eines leichten Rückgangs liegt die weltweite Industrieproduktion im Juli um 3,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Dynamik in den asiatischen Schwellenländern ist hoch, aber auch die Konjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften belebte sich. Die globalen Stimmungsindikatoren zeigen einen zunehmenden Optimismus. Insbesondere im Euroraum haben sich die Wachstumserwartungen zuletzt deutlich verbessert. In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur nach dem schwachen ersten Quartal normalisiert. Die japanische Wirtschaft legte im zweiten Quartal merklich zu. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung. Insgesamt wird daher das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr höher ausfallen als im Vorjahr. In Anlehnung an die Einschätzung der internationalen Organisationen rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,6 Prozent und im Folgejahr von 3,7 Prozent.

Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank legten die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im August 2017 in jeweiligen Preisen deutlich um 2,3 Prozent gegenüber dem Vormonat zu. Im Dreimonatsvergleich erhöhten sie sich weiter um 1,3 Prozent. Die Einfuhren stiegen im August weniger stark um 0,6 Prozent. Im Dreimonatsvergleich gaben sie demgegenüber um 1,0 Prozent nach. Der seit Jahresbeginn kumulierte Leistungsbilanzüberschuss liegt weiterhin spürbar niedriger als ein Jahr zuvor. Die positiven Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft sowie die weltwirtschaftliche Belebung lassen trotz eines stärkeren Euros eine weitere Expansion der deutschen Exporte erwarten. Aufgrund der starken Binnennachfrage und den damit einhergehenden Importzuwächsen wird der Außenbeitrag in diesem Jahr voraussichtlich wachstumsneutral ausfallen.

Die seit Jahresbeginn zu beobachtende Dynamik bei der industriellen Produktion, die um die Jahresmitte ausgesetzt hatte, setzte sich zuletzt wieder fort. Die Herstellung des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im August saisonbereinigt um 3,2 Prozent. Die Produktion im Investitionsgütergewerbe legte dabei mit einem Plus von 4,8 Prozent besonders kräftig zu. Eine Rolle dürfte hier die Lage der Werksferien im Bereich

Kraftfahrzeuge (+10,8 Prozent) gespielt haben. Die positive Entwicklung der Auftragseingänge (August: +3,6 Prozent) und das weiterhin günstige Geschäftsklima sprechen für eine Fortsetzung der guten Industriekonjunktur. Die Bauproduktion entwickelt sich bereits seit dem Frühjahr leicht rückläufig, allerdings von einem hohen Niveau aus. Im August kam es zu einem Rückgang um 1,2 Prozent. In Anbetracht baufreundlicher Rahmenbedingungen hat sich das Geschäftsklima in der Branche im September weiter verbessert. Die Bauunternehmen waren mit ihrer aktuellen Lage zufriedener und auch ihre Geschäftserwartungen hoben sie an.

Der private Konsum bleibt eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur. Gemäß Herbstprojektion der Bundesregierung steigen die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr um 1,8 Prozent und im Folgejahr um weitere 1,6 Prozent. Am aktuellen Rand deuten die Umsätze im Einzelhandel eine etwas langsamere Gangart an (Juli: -1,2 Prozent, August: -0,4 Prozent). Nach einem starken Mai und Juni gingen auch die Umsätze im Kfz-Handel im Juli um 1,2 Prozent zurück, blieben aber deutlich aufwärtsgerichtet. Dafür sprechen auch die privaten Kfz-Neuzulassungen, die im August um 8,2 Prozent und im September um 2,0 Prozent gestiegen sind. Die Stimmungskennzeichen sind ebenfalls sehr positiv. Das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel hat sich im September verbessert und befindet sich weit über seinem langjährigen Durchschnitt. Auch das Konsumklima der Verbraucher bewegt sich in der Nähe historischer Höchstwerte, obwohl sich die Inflation mit 1,8 Prozent im August binnen eines Jahres wieder merklich beschleunigt hat.

Die Grundtendenzen am Arbeitsmarkt sind weiterhin positiv. Die Erwerbstätigkeit, die saisonbereinigt seit Februar monatlich um rd. 50.000 Personen zunahm, stieg im August um 64.000 Personen. Auf Jahressicht liegt der Zuwachs bei ca. 700.000 Personen. Einen derartigen Beschäftigungsaufbau gab es in Deutschland zuletzt vor zehn Jahren, dem Jahr vor der Finanzkrise. Das geht vor allem auf die rapide Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurück, die im Juli, bereinigt um die Saisoneinflüsse, um 57.000 Personen anstieg. Die einschlägigen Frühindikatoren signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft. Die Bundesregierung rechnet für das laufende Jahr im Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 660.000 Personen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im September saisonbereinigt um 23.000 beziehungsweise 20.000 Personen weiter zurückgegangen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte anhalten; er könnte sich aber etwas verlangsamen, weil Personen mit Migrationshintergrund nach dem Abschluss von Integrations- und Sprachkursen zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängen.

Zusammenfassung: Goldener Herbst für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Wirtschaft, Handel und Arbeitsmarkt setzen Erfolgskurs fort: Das anhaltend starke Wirtschaftswachstum sorgt für immer mehr sichere und gut bezahlte Jobs. Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten September-Wert seit der Deutschen Einheit. Beschäftigte profitieren zudem von steigenden Löhnen – der anhaltende Aufschwung kommt bei den Menschen an!

- a) **Wirtschaft und Handel boomen:** In den letzten 12 Monaten wuchs die deutsche Wirtschaft über zwei Prozent. Prognosen sagen ein ähnliches Wachstum für die nächsten zwei Jahre voraus. Zudem sind Produkte „Made in Germany“ weiterhin weltweit und insbesondere bei unseren europäischen Partnern gefragt. Im Vergleich zum August 2016 stiegen die deutschen Exporte um 7,2 Prozent.
- b) **Arbeitsmarkt auf Rekordkurs:** Im August 2017 hatten 44,3 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz – so viele wie noch nie in Deutschland. Besonders erfreulich: Der Anstieg im Herbst beruht allein auf dem Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Jobs. Die Arbeitslosigkeit ist mit 2,45 Millionen auf dem niedrigsten Wert 2017. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt konstant ab.
- c) **Aufschwung kommt an:** Seit der Finanzkrise 2008 sind die Tariflöhne bis 2016 im Schnitt jährlich um 2,7 Prozent gestiegen. Da die Preise im gleichen Zeitraum deutlich weniger stark angestiegen sind, kommen die Lohnzuwächse im Geldbeutel der Menschen an.

3. Grenzkontrollen bis Mai 2018 verlängert

Die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich werden für weitere sechs Monate verlängert. Die Entscheidung sei in enger Abstimmung mit europäischen Nachbarn gefallen, so Bundesinnenminister de Maizière. Eine vollständige Rückkehr zu einem Schengenraum ohne Kontrollen sei noch nicht möglich. Die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich sowie auf Flugverbindungen aus Griechenland nach Deutschland werden für weitere sechs Monate in nationaler Verantwortung durchgeführt.

Es ist Aufgabe der Innenminister, auf diese andauernde Sicherheits- und Migrationslage angemessen zu reagieren. Deshalb wurde angeordnet, die Binnengrenzkontrollen im Rahmen des Schengenrechts in nationaler Souveränität über den 11. November 2017 hinaus fortzuführen. Die Entscheidung erfolgte in enger Konsultation mit den Innenministerien in Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Ziel: Rückkehr zu Schengen ohne Kontrollen

Eine vollständige Rückkehr zu einem Schengenraum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen ist erst möglich, wenn die Entwicklung der Gesamtlage dies zulässt.

Der Rat der Europäischen Union hatte die derzeitigen Binnengrenzkontrollen mit Beschluss vom 11. Mai 2017 bis zum 11. November 2017 ermöglicht. Grundlage dafür war der letztmaligen Vorschlag der Europäischen Kommission im Rahmen des sogenannten Krisenmechanismus des Schengener Grenzkodex.

4. Ökostromumlage-Umlage sinkt leicht

Die Ökostrom-Umlage fällt im kommenden Jahr etwas geringer aus: Sie beträgt dann 6,792 Cent pro Kilowattstunde. Im Vergleich zu diesem Jahr sinkt die Umlage für Strom aus Windkraft und Sonne um 1,3 Prozent. Das haben die Netzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW mitgeteilt.

Die Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien geht damit erst zum zweiten Mal seit der Einführung im Jahr 1998 zurück. Der Rückgang ist allerdings so gering, dass sich Haushaltskunden kaum Hoffnungen auf fallende Strompreise machen können.

Die EEG-Umlage wird als Differenz zwischen dem Preis, den Erzeuger für ihren Strom bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom berechnet. Je niedriger der Börsenpreis, den Energiekonzerne zahlen müssen, desto höher die Umlage.

Um die Höhe der EEG-Umlage festzulegen, schätzen die Übertragungsnetzbetreiber, welche Einnahmen und Ausgaben sich für sie für das folgende Jahr ergeben: wie viel Geld sie voraussichtlich im darauf folgenden Jahr an die Erzeuger von Ökostrom zahlen müssen und welche Summe sie für diese Energie an der Strombörse bekommen. Auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und der Ausgleichsmechanismus-Verordnung legen die Netzbetreiber die Umlage fest und veröffentlichen sie dann Mitte Oktober.

Hauptkostentreiber sind sogenannte netzstabilisierende Maßnahmen. Sie sind nötig, weil immer mehr Wind- und Sonnenstrom ins Netz drängt. Die Stromerzeugung aus diesen Quellen ist nur schwer kalkulierbar und erfordert kostenträchtige Ausgleichsmaßnahmen. Immer wieder müssen die Unternehmen in den laufenden Netzbetrieb eingreifen, Reservekraftwerke einschalten und Windparks abregeln. Allein im vergangenen Jahr hat Tennet für netzstabilisierende Maßnahmen 660 Millionen Euro ausgegeben. Im ersten Halbjahr 2017 ist der Aufwand für netzstabilisierende Maßnahmen noch einmal deutlich gestiegen. Zurzeit stehen sie für 60 Prozent der Netzentgelte, 25 Prozent entfallen auf Investitionen für den Netzausbau. Laut Energiewende-Index der Firma McKinsey haben sich die Kosten für netzstabilisierende Maßnahmen seit 2014 auf nunmehr 7,34 Euro pro Megawattstunde verdoppelt.

Bei ihrer Einführung vor 17 Jahren betrug die Umlage, die die Verbraucher über die Stromrechnung bezahlen, 0,19 Cent pro Kilowattstunde Strom. Seither stieg sie von Jahr zu Jahr. Besonders hoch fielen die Anstiege von 2010 auf 2011 und von 2012 auf 2013 aus. Deshalb hat die Bundesregierung das EEG im Jahr 2014 novelliert. So sank die Umlage 2015 erstmals, und zwar von 6,24 Cent auf 6,17 Cent. 2016 betrug sie 6,35 Cent pro Kilowattstunde, im laufenden Jahr 6,88 Cent.

Durch das EEG 2017 wird die Vergütung für den erneuerbaren Strom nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt. Ende Juni hat der Bundestag die schrittweise, bundesweite Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte beschlossen. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries erklärte: "Die Reform der Netzentgelte verringert regionale Unterschiede und schafft mehr Verteilungsgerechtigkeit. Für die Akzeptanz des Projekts Energiewende ist eine faire Verteilung auf alle Schultern entscheidend."

5. 579.000 Handwerksunternehmen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 waren in Deutschland rund 579 000 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis der registergestützt durchgeführten Handwerkszählung weiter mitteilt, erwirtschafteten diese Unternehmen rund 531,6 Milliarden Euro Umsatz. In den Handwerksunternehmen waren im Jahr 2015 durchschnittlich mehr als 5,1 Millionen Personen tätig. Darunter waren knapp 3,8 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und etwa 730 000 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Die Unternehmen des Handwerks sind nach ihrem ausgeübten Gewerbe in sieben Gewerbegruppen gegliedert. Bezogen auf die Anzahl der Unternehmen, die tätigen Personen sowie den Umsatz ist das Ausbaugewerbe die größte Gewerbegruppe. Im Jahr 2015 erwirtschafteten in dieser Gruppe knapp 239 000 Unternehmen rund 143,7 Milliarden Euro Umsatz. Dort waren durchschnittlich mehr als 1,4 Millionen Personen tätig. Zu der Gewerbegruppe des Ausbaugewerbes gehören beispielsweise Installateure und Heizungsbauer, Maler und Lackierer sowie Elektrotechniker. Die kleinste Gewerbegruppe ist das Gesundheitsgewerbe. Hier waren rund 196 000 Personen in knapp 21 000 Unternehmen tätig und erzielten 15 Milliarden Euro Umsatz. Besonders gewichtige Gewerbebezüge in dieser Gruppe sind Zahntechniker und Augenoptiker. Die Handwerke für den privaten Bedarf sind am stärksten von kleinen Unternehmen geprägt. Zu diesen Handwerken gehören beispielsweise Friseure, Textilreiniger sowie Steinmetzen und Steinbildhauer. Sie bilden mit rund 88 000 Unternehmen die zweitgrößte Gewerbegruppe gemessen an der Zahl der Unternehmen. Die Unternehmen der Handwerke für den privaten Bedarf hatten durchschnittlich 4 tätige Personen je Unternehmen und etwa 44 000 Euro Umsatz je tätige Person. Im Handwerk insgesamt waren durchschnittlich 9 Personen je Unternehmen tätig und es wurden etwa 104 000 Euro Umsatz je tätige Person erwirtschaftet.

6. Kurz notiert

6.1. Spürbar höhere Preise 2017 für Butter und Molkereiprodukte

Für Butter mussten die Verbraucher in Deutschland im September 2017 über 70 % mehr als vor einem Jahr bezahlen. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Welternährungstags am 16. Oktober weiter mitteilt, stiegen die Verbraucherpreise auch für Molkereiprodukte mit + 15 % im gleichen Zeitraum deutlich. Die stärksten Preisanstiege von jeweils etwa 30 % gab es bei Sahne, Milch und Quark. Auch Käse und Joghurt kosteten durch die Preiserhöhungen in den letzten Monaten deutlich mehr als ein Jahr zuvor.

Die Tendenz steigender Preise im Jahr 2017 für Butter und Molkereiprodukte zeigte sich nicht nur bei den Verbrauchern, sondern auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen in ähnlichem Ausmaß. Die Preise für Milch und Milcherzeugnisse lagen im August 2017 sowohl beim Import als auch bei den gewerblichen Erzeugern etwa 20 % über dem Vorjahresmonat. Mit Abstand deutlich teurer binnen Jahresfrist war auch hier die Butter (Importpreise: + 55 %; Erzeugerpreise: + 82 %). Die aktuellen Verteuerungen auf der

Erzeugerstufe werden offensichtlich an den Großhandel und letztendlich an den Endverbraucher weitergegeben.

6.2. Jahr 2016: Lebensmittel im Wert von 69,9 Milliarden Euro exportiert

Im Jahr 2016 wurden Lebens- und Genussmittel im Wert von 69,9 Milliarden Euro aus Deutschland exportiert und im Wert von 81,2 Milliarden Euro nach Deutschland importiert. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Welternährungstags am 16. Oktober mitteilt, hatten die Exporte der Ernährungswirtschaft einen Anteil von 5,8 % an den deutschen Gesamtausfuhren und die Importe einen Anteil von 8,5 % an den deutschen Einfuhren. Mehr als die Hälfte (50,7 %) der deutschen Lebensmittelexporte waren Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs und lebende Tiere machten 32,8 % der deutschen Lebensmittelexporte aus. Die Genussmittel wie Tabakerzeugnisse, Kaffee, Tee oder Getränke hatten einen Anteil von 16,5 %. Importseitig machten ebenfalls die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs den größten Teil der Lebensmittelimporte aus (59,9 %). Bei den Importen betrug der Anteil der Nahrungsmittel tierischen Ursprungs und der lebenden Tiere 26,8 %, der Anteil der Genussmittel 13,4 %.

Europa war im Jahr 2016 der wichtigste Markt für Güter der Ernährungswirtschaft. Rund 83 % der Exporte gingen in andere europäische Länder und 75 % der Importe kamen von dort. Nach Asien gingen rund 10 %, nach Amerika 4 % und nach Afrika 2 % der deutschen Lebensmittelexporte. Importseitig spielen die außereuropäischen Länder eine größere Rolle. Aus Amerika kamen rund 13 %, aus Asien 7 % und aus Afrika 4 % der Lebensmittelimporte. Wichtigster Handelspartner Deutschlands für Lebensmittel waren im Jahr 2016 ein- und ausfuhrseitig die Niederlande. In die Niederlande exportiert wurden Lebensmittel im Wert von 9,7 Milliarden Euro. Demgegenüber standen Lebensmittelimporte aus den Niederlanden von 15,4 Milliarden Euro. Weitere wichtige Exportmärkte für deutsche Lebensmittel waren im Jahr 2016 Frankreich mit einem Wert von 6,0 Milliarden Euro und Italien mit 5,6 Milliarden Euro. Importseitig folgten auf die Niederlande Italien (6,4 Milliarden Euro) und Frankreich (6,1 Milliarden Euro).

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent